

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 48

11. März 1982

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB würdigt die Gespräche
Hans-Dietrich Genschers
in Washington: Wichtiger
Beitrag. Seite 1

Günter Pauli MdB setzt
sich für einen demokrati-
schen Iran ein: Die Ver-
folgung der Menschenrechte
muß ein Ende haben.
Seite 2

Lieselott Blunck MdB for-
dert, einen Udenkungs-
prozeß einzuleiten: Rob-
benjagd - ohne Ende?
Seite 4

Buchbesprechung

Rudolf Dreßler MdB über
Hermann Scheers "Mittendrin.
Bericht zur Lage von Sozial-
demokratie und Republik".
Seite 5

Dokumentation

Willy Brandt MdB auf dem
Forum "Unsere Sicherheits-
politik - SPD und Bundes-
wehr".
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Wichtiger Beitrag

Positive Gespräche von Bundesminister Genscher in
Washington

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB.
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die SPD sieht die Ergebnisse der zweitägigen Gespräche
des Bundesministers des Auswärtigen als gut und wichtig
für das deutsch-amerikanische Verhältnis an.

Ausdrücklich hervorzuheben ist, daß sich Bundesminister
Genscher für eine sichtbare Verstärkung der politischen
Konsultationen innerhalb des Bündnisses eingesetzt hat,
auch, daß er regelmäßige Begegnungen der NATO-Außenmini-
ster vorschlug.

Zu begrüßen ist, daß es Bundesminister Genscher offen-
sichtlich gelungen ist, Bedenken der amerikanischen Regie-
rung gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion
weiter abzubauen. Die Bundesregierung wird bekanntlich an
ihrer Haltung zu dem Vertrag mit der Sowjetunion festhalten:
nämlich, daß er beschlossene Sache ist.

Dies ist ein wichtiger Beitrag, um das partnerschaftliche
Verhalten im Bündnis zu sichern.

Die Kritik der Union an den Ergebnissen der Reise Bundes-
minister Genschers kann unter diesen Umständen nur als
kleinkariert bezeichnet und zurückgewiesen werden.

Hervorzuheben ist, daß die CDU/CSU insbesondere in der
Frage des Erdgas-Röhren-Geschäfts tief zerstritten ist.

Die CDU/CSU polemisiert nach wie vor gegen diesen Ver-
trag, den der nordrhein-westfälische Oppositionsführer
Biedenkopf erst dieser Tage als unterstützungswürdig
charakterisiert hatte. (-/11.3.1982/ks/ca)



Für einen demokratischen Iran

Die Verfolgung der Menschenrechte muß ein Ende haben

Von Günter Pauli MdB

Am 27. Dezember 1981 wurden acht der insgesamt neun Mitglieder des Nationalen Geistigen Rates der Baha'i im Iran ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren, ohne öffentliche Bekanntmachung und ohne Benachrichtigung der engsten Angehörigen in Teheran hingerichtet. Diese Verstorbenen bewegen uns zur Trauer, die Folter und Mißhandlungen erregen bei uns Abscheu. Die Verschleppungen empfinden wir als widerwärtig, die Tatsache, daß Leichen in dem sogenannten Ödland verscharrt werden, ruft bei uns Ekel hervor. Wir sind betroffen vom Schicksal der Baha'i-Religionsgemeinschaft im Iran.

Wir Deutsche sind besonders betroffen, weil die Verfolgung von Religionsgemeinschaften in unserem Land Geschichte hat. Die Judenverfolgung in Deutschland läßt sich in gewisser Weise mit der Baha'i-Verfolgung im Iran vergleichen.

In diesem Sinne hat auch der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1981 die Verletzung der Menschenrechte gegenüber der Baha'i verurteilt, deren Rechte als religiöse Minderheit von der iranischen Verfassung nicht anerkannt werden. In diesem Sinne hat auch der Deutsche Bundestag die iranische Regierung ersucht, der Baha'i-Religionsgemeinschaft die amtliche Anerkennung und den Schutz zu gewähren, der gemäß den verschiedenen Vereinbarungen und Konventionen der UNO über die Menschenrechte jeder Minderheit zusteht.

Doch wir müssen leider davon ausgehen, daß, wenn auch der Baha'i-Religionsgemeinschaft die Anerkennung und der Schutz der Rechte gewährt wird, die der christlichen, der jüdischen und der zoroastrischen Minderheit bereits gewährt worden sind, eine vollkommene Garantie der Menschenrechte für die Baha'is im Iran unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich ist. Dies ist daher nicht möglich, weil alle religiösen Minderheiten im Iran tatsächlich als Minderheiten behandelt werden. Denn die iranische Republik versteht sich als islamische Republik, nicht als eine freie demokratische Republik, wie wir sie in Europa vorfinden.

Die demokratische Welt hat aufgetan, als 1979 die Gewaltherrschaft des Schah-Regimes zu Ende ging. Die demokratische Welt hat gehofft, daß damit der Weg zur Demokratie eröffnet würde. Doch die demokratische Welt hat sich in den vermeintlichen Wegbereitern geirrt. Die Mullahs im Iran haben nicht gehalten, was man sich von ihnen versprochen hat.

Ich möchte an ein Wort Karl Friedrich von Welzsäcker in der Süddeutschen Zeitung erinnern:

"Wir im Westen müssen verstehen, den Islam und damit die Gründe seiner Wiederbelebung zu verstehen. Der Islam ist nicht das, was der skeptische Pluralismus des Westens unter einer Religion versteht, er ist nicht auf die Privatsphäre beschränkbare fromme Überzeugung. Der Islam ist eine auf Offenbarung gegründete sittliche, soziale politische Lebensgemeinschaft."

Diese Worte zeigen, wie groß die Hoffnungen, die in die islamische Revolution gesetzt wurden, waren. Diese Hoffnung konnte nur existieren, weil gleichzeitig die Gewißheit über die Existenz einer starken demokratischen Bewegung fehlte. Heute jedenfalls wissen wir, daß eine Gewaltherrschaft die andere abgelöst hat. Mir erscheint dabei, daß die Leidens- und Schreckenserlebnisse des iranischen Volkes nur noch größer geworden sind.

Die Islamisierung des iranischen Staates war nur möglich, da dieser Staat keine eigene Werte wie Freiheit, Recht und Gleichheit aufzuweisen hatte und eine starke demokratische Bewegung fehlte, die diese Werte behauptet hätte. Der islamische Staat ist ein unvollkommener Staat und die islamische Religion dient ihm als Ergänzung und Heilung seiner Unvollkommenheit. Der Islam wird zwangsläufig zum Mittel.

Der sogenannte islamische Staat verhält sich daher politisch zur Religion und religiös zur Politik. Es ist zwangsläufig, daß Gottesverehrung und das Streben nach dem Göttlichen in den Hintergrund treten und gleichzeitig die Politik unkalkulierbar wird.

Die Verfolgung der Baha'i erscheint daher nur als logische Folge, da sich der Islam und damit auch der ganze Staat von der Baha'i-Religion in Frage gestellt sieht. Wir wissen zwar, daß dies nicht so ist, wir müssen jedoch leider zur Kenntnis nehmen, daß die Mullahs im Iran dies anders sehen.

Aus diesem Grunde reicht es nicht aus, seine Abscheu über den Terror gegenüber den Baha'is auszudrücken und uns in moralischen Verurteilungen zu ergehen. Wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß im Iran eine demokratische Entwicklung eingeleitet wird. Wir müssen den demokratischen iranischen Staat wollen.

Das Entwicklungsgrad dieses demokratischen iranischen Staates läßt sich dabei am Stand der Freizügigkeit und Rechte für seinen am meisten benachteiligten Bevölkerungsteil, den Baha'i, messen.

Die all so wichtige Forderung nach Aufhebung der Unterdrückung der Baha'i ist also die Forderung nach Aufhebung jeglicher Unterdrückung und gleichzeitig Forderung nach Demokratie.

(-/11.3.1982/ks/ca)

+ + +

Robbenjagd - ohne Ende?

Es ist Zeit, den Umdenkungsprozeß einzuläuten

Von Lieselott Blunck MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Schutz des Wattenmeeres"
der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Jahr für Jahr kehrt sie wieder - die "Jagd" auf junge Robben in Kanada. In widerwärtiger Weise werden auch in diesem Jahr mit offizieller Genehmigung mehr als 200.000 hilflose Robbenbabies niedergeknüppelt, um so die Felle ohne Schäden zu erhalten. Jahr für Jahr gibt es fruchtlose Appelle der Tierschutzorganisationen. Die kanadischen Behörden beeindrucken dies kaum. Mit dem beschäftigungspolitischen Argument und dem hohen Exportwert der Robbenfelle werden Tier- und Artenschutzargumente vom Tisch gewischt.

Das Europäische Parlament wird sich in dieser Woche mit der Robbenjagd beschäftigen und die Möglichkeit eines Importverbotes für Robbenfelle erörtern. Diese Initiative ist erfreulich und als wahrscheinlich einzig wirksame Maßnahme sehr zu begrüßen. Sollte sich das Europäische Parlament für ein Importverbot aussprechen, dann ist der Ministerrat und damit auch die besonders mitverantwortliche Bundesregierung gefordert, sich entsprechend zu verhalten. In Italien und den Niederlanden ist das Importverbot bereits geltendes Recht.

Interessant ist in diesem Fall auch die Stellungnahme des Verbandes der deutschen Rauchwaren- und Pelzwirtschaft, der erklärte, daß die deutsche Pelzwirtschaft seit Jahren keine Jungtierfelle mehr verwendet, da die Felle von minderer Qualität seien. Damit fällt zumindest für dieses Gewerbe das wirtschaftliche Interesse weg. Es bleibt die Frage, was mit den Fellen in der Bundesrepublik Deutschland - mit dem höchsten Importanteil - eigentlich geschieht?

Nach Ansicht vieler Wissenschaftler sind zumindest die kanadischen Sattel- und Mützenrobber von der Ausrottung bedroht. Die Proteste gegen die Robbenschlächtereien, zum Teil werden die Tiere bei lebendigem Leibe gehäutet, müssen daher weitergehen, bis diese perverse "Jagd" verboten wird.

Dieser rücksichtslose Eingriff des Menschen in die Natur wird irgendwann seine Folgen haben. Die Überheblichkeit, mit der Menschen diese Erde mit seinen Pflanzen und Tieren untertan machen, allein des wirtschaftlichen Vorteils willen, wird uns und künftige Generationen mit Problemen konfrontieren, von denen wir noch nicht einmal zu träumen wagen.

Es ist Zeit, den Umdenkungsprozeß langsam einzuläuten. Ich kann den Europa-Parlamentariern nur wünschen, hier eine Entscheidung im Sinne des Tier- und Naturschutzes zu treffen und damit ein deutliches Zeichen zu setzen. (-/11.3.1982/hi/ca)

* * *



BUCHBESPRECHUNG

Ein notwendiges Buch zur richtigen Zeit

Hermann Scheer MdB, "Mittendrin. Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik", Bund-Verlag, DM 19,80.

Der Titel "Mittendrin" klingt nach einem persönlichen Buch. Der Untertitel "Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik" läßt dagegen eher eine nüchterne Analyse vermuten. Das Buch von Hermann Scheer ist eine solche Analyse, die zu sehr realitätsnahen, hilfreichen Betrachtungen kommt, wie die SPD aus ihren gegenwärtigen inneren Zweifeln herauskommen könnte. Es ist ein notwendiges Buch zur richtigen Zeit.

Hermann Scheer beschäftigt sich dabei nicht mit Programmen der SPD und auch nicht mit einzelnen Politikfeldern, in denen es zum Zwiespalt in der SPD gekommen ist. Stattdessen beschäftigt er sich mit dem Handlungsverständnis verschiedener SPD-Richtungen, das mehr als unterschiedliche Auffassungen in Einzelfragen die Art und Weise der Auseinandersetzungen in der SPD erklären: "Sozialdemokraten, die über alle Probleme offen sprechen, müssen nun auch sich selbst gegenüber offener werden, um vor der Wiederholung der immer gleichen Fehler gefeit zu sein."

Das Bemerkenswerteste an diesem Buch ist, daß es in keine der Schablonen paßt, mit denen gegenwärtig innerhalb der SPD Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, in einigen zentralen Fragen zu Feststellungen zu kommen, die geeignet sind, aus den Sackgassen herauszuführen, in denen sich Diskussionen über die SPD festgefahren haben. Zum Beispiel die Ausführungen über die politische Entwicklung der nächsten Jahre: Trotz eines keineswegs konservativen Meinungstrends einer Mehrheit der Bevölkerung steht die CDU/CSU, falls sich die Wahlergebnisse seit 1980 wiederholen, kurz vor der Erringung eines politischen Machtmonopols, das auf lange Zeit nicht mehr zu erschüttern sein könnte. Die hiermit verbundenen Gefahren für die SPD und die Bundesrepublik werden auf möglicherweise verhängnisvolle Weise unterschätzt. Die SPD ist nicht nur in Gefahr, in ihrem politischen Einfluß in Bund, Ländern und Gemeinden noch weit hinter die 50er Jahre zurückzufallen und nicht nur ihre Regierungsfähigkeit, sondern auch eine wirkungsvolle Oppositionsfähigkeit zu verlieren. Hermann Scheer weist anschaulich nach, daß die Ursachen dafür in der Art und Weise innerparteilicher Auseinandersetzungen liegt. Vor allem beschäftigt er sich dabei mit der Flügelbildung in der SPD, anhand der er schonungslos aufzeigt, wie sehr diese nicht nur der gesamten Partei, sondern auch noch jedem einzelnen Flügel empfindlich schadet. Die besondere Ironie dabei ist, daß offenkundig die inhaltlichen Kriterien für Flügelzuordnungen oberflächlich und haltlos sind, was einer der Hauptgründe dafür ist, daß aneinander vorbeigeredet wird und trotz langanhaltender Debatten ergänzungsbedürftige Standpunkte nicht ergänzt werden.

Besonders wichtig ist mir das Kapitel über das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften, das inzwischen auch störungsanfällig geworden ist. So die These, daß das Einheitsgewerkschaftsprinzip die Entwicklung der SPD zu einer arbeitnehmerorientierten Volkspartei geradezu erforderlich machte. Oder die Widerlegungen der sich in den Gewerkschaften verbreiteten Auffassungen, daß die Gewerkschaften durch Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Regierung geschwächt würden. Es wird aufgezeigt, daß die Regierungszeit der SPD auch eine Zeit großen Einfluß- und Mitgliederzuwachses der Gewerkschaften gewesen ist, und warum auch hier vor leichtfertigen Schlußfolgerungen zu warnen ist.

Das Buch ist eine Auseinandersetzung mit den Problemen innerparteilicher und gesellschaftlicher Integration. Der Titel "Mittendrin" besagt, daß die SPD mehr als alle anderen politischen Kräfte mitten in allen Konflikten der Gesellschaft steht, und daß diese Konflikte sich voll auf das Innenleben der Partei übertragen haben. Es weist auf Möglichkeiten und deutliche Grenzen einer Integration hin. Statt Patentrezepte zu liefern, versucht es zu klären. Den Flügelbildungen setzt Hermann Scheer die Notwendigkeit eines neuen Zentrismus in der SPD entgegen. "Gerade weil die nächsten Jahre besonders dazu angetan sind, daß sich die Tendenzen zur organisierten Flügelbildung verstärken könnten, ist es notwendig, daß sich alle Beteiligten den innerparteilichen Marsch in die Sackgasse vor Augen führen, der damit verbunden wäre."

Rudolf Dreßler MdB
(-/11.3.1982/vo-he/ca)

D O K U M E N T A T I O N

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, hat am Donnerstag auf dem SPD-Forum Bundeswehr unter anderem folgende Ausführungen zum Thema "Unsere Sicherheitspolitik - SPD und Bundeswehr" gemacht.

Unsere Sicherheitspolitik - SPD und Bundeswehr

Wenn wir Fragen der Bundeswehr stärker in die friedenspolitische Diskussion einbeziehen wollen, so fangen wir nicht von vorne an. Von allen Parteien in der Bundesrepublik ist die SPD jene mit der längsten Tradition in der Frage Demokratie und bewaffnete Macht. Seit Generationen haben die Sozialdemokraten eine Überzeugung gemeinsam: Das Nein zum Krieg als Angriffskrieg und zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln; aber das Ja zur Landesverteidigung, um Krieg zu verhüten und demokratische Freiheit zu sichern. Stets hat die Sozialdemokratie sich für die Sicherung gegen gewaltsame Eingriffe von außen eingesetzt. Es gab zwar in unseren Reihen einen - wie ich meine - nicht nur verständlichen, sondern auch berechtigten Antimilitarismus; auch Anhänger einer pazifistischen Lebensauffassung waren und sind bei uns zuhause. Der prinzipielle Antimilitarismus jedoch bezog sich auf Haltungen, welche die unbekümmerte Gewaltanwendung glorifizieren, mit Angriffs- oder Eroberungs-Kriegen liebäugeln und/oder innerstaatliche Leben dem Einfluß militärischer Macht unterwerfen wollen. Im Übrigen sind wir Pazifisten insofern, als wir das Ziel anstreben, den Krieg als Mittel der Politik überflüssig zu machen - nicht aber im Sinn einseitiger Waffenlosigkeit und der Erpreßbarkeit durch andere...

Zur Ablehnung der Wiederbewaffnung im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege. Die SPD damals ist nicht prinzipiell gegen Streitkräfte aufgetreten, schon - nicht gegen die Notwendigkeit der Landesverteidigung. Gegen eine Wiederbewaffnung zu jener Zeit freilich waren die meisten von uns - zunächst unter dem unmittelbaren Eindruck des Erbes, das uns die Nazi Herrschaft hinterlassen hatte - dann auch wegen der offenen Frage, wann und inwieweit wir anstelle der Besatzungsmächte eigene Verantwortung würden übernehmen können - vor allem, weil die tiefe Sorge bestand, die Eingliederung des neuen westdeutschen Staatswesens in das westliche Bündnis würde die Möglichkeit, daß sich die Siegermächte über Voraussetzungen der deutschen Einheit verständigten, vollends zunichte machen.

Niemand wird je mit absoluter Sicherheit nachweisen können, ob es für die Deutschen Chancen einer Wiedervereinigung unter annehmbaren Bedingungen gegeben hat. Ich neige eher zu der Meinung, daß es sie nicht gegeben hat. Jedenfalls ist das heute Geschichte.

Zum anderen, auch dies ist nicht zu verleugnen, fürchteten viele Sozialdemokraten - und nicht nur sie - damals, daß eine umstandslose Wiederbewaffnung so rasch nach dem Krieg zu einem Wiederaufleben obrigkeitstaatlicher, vielleicht sogar militaristischer Haltungen und antidemokratischer Denkweisen führen könnte. Die Rolle der Reichswehr in der Republik von Weimar stand vielen Älteren vor Augen. Würde die so junge Demokratie das Gewicht unguter Traditionen tragen können? - Nun ist aus der Bundeswehr - in einem langen Prozeß des Wachsens und der Selbstfindung - eine Armee geworden, die aus dem Schatten der Vergangenheit herausgetreten ist. Sie ist eine loyale Armee in einem demokratischen Staat. Dies darf uns, gerade wenn wir in geschichtlichen Zusammenhängen denken, mit Stolz erfüllen. Und hohen Respekt verdienen jene, die diesen Prozeß in der Bundeswehr gelenkt haben und weiterhin lenken.

Aber auch die SPD ist an ihm nicht ohne Anteil. Sie hat sich seit 1955, als die Entscheidung für den Aufbau der Bundeswehr gefallen war, aus staatlicher und aus demokratischer Verantwortung für die Truppe, für die Streitkräfte im demokratischen Staat eingesetzt. Sie war sogar diejenige gesellschaftliche Kraft, die aus ihrer politischen Tradition heraus in der Lage war, wesentliche Beiträge zur Einbindung der Streitkräfte in den demokratischen Staat des Verfassungsauftrages zu leisten. Männer wie Fritz Erler und andere mit ihm haben entscheidende Impulse für Gesetze gegeben, welche die Bundeswehr als Teil des Staates, die Soldaten als Angehörige des öffentlichen Dienstes in die Gesellschaft integrierten. Hier wurden die Weichen für den Staatsbürger in Uniform



und den Soldaten für den Frieden gestellt. Den Sozialdemokraten ging es gerade auf diesem Feld nicht um Parteipolitik. Es ging um die Frage, wie gesichert werden kann, daß die Streitkräfte für die Republik, für die Demokratie stehen und daß sie sich nicht für heimliche Gegnerschaft mißbrauchen lassen. Es ist wichtig feststellen zu können, daß für die Bundeswehr diese Frage entschieden ist...

Traditionen mit Bezug zu den demokratischen Werten

Aus sozialdemokratischer Sicht müssen die Traditionen der Bundeswehr einen eindeutigen Bezug zu den Werten unserer Demokratie haben. Verhaltensweisen wie Tapferkeit, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft, Selbstlosigkeit werden nach unserer historischen Erfahrung nur in Verbindung mit wertbestimmten Zielen zu einer überlieferungswürdigen Tradition. Die wichtigsten solcher wertbestimmter Traditionsmomente hat unsere von Bürgermeister Hans Koschnick geleitete Kommission Sicherheitspolitik in folgender Weise zusammenzufassen versucht:

- Die Soldaten der Bundeswehr verstehen sich als Soldaten dieses Staates mit seiner demokratischen, republikanischen und rechtsstaatlichen Ordnung.
- Die Soldaten der Bundeswehr stehen als "Staatsbürger in Uniform" nicht neben, sondern inmitten der bundesrepublikanischen Gesellschaft.
- Die Soldaten der Bundeswehr haben als "Soldaten für den Frieden" nie einen anderen Auftrag als den der Kriegsverhütung, und sie haben ihren Beitrag zur Erreichung dieses Zieles geleistet.
- Die Soldaten der Bundeswehr haben stets den Primat der politischen Führung und der parlamentarischen Kontrolle akzeptiert.
- Die Soldaten der Bundeswehr sind zugleich Soldaten der NATO und verstehen sich als Mitglieder des Bündnisses.
- Die Soldaten der Gründergeneration der Bundeswehr haben sich kritisch mit der eigenen Geschichte auseinandergesetzt und so eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Bundeswehr - anders als die Reichswehr - nicht "Staat im Staate" wurde, sondern die Armee des Staates Bundesrepublik Deutschland geworden ist...

Wir erleben in diesen Monaten und Jahren eine - in der Sache absolut berechnete - Debatte um die Grundlagen von Friedenspolitik. Sie wird allerdings von manchen mit viel Emotion (wie verständlich diese auch sein mag) und teilweise ohne sicherheitspolitischen Gesamtüberblick geführt. Die Rolle der Bundeswehr wird entsprechend von manchen nicht oder nicht angemessen berücksichtigt.

Natürlich gibt es auch sachliche Herausforderungen, denen man sich stellen muß. Und es gibt nicht selten von außen kommende Belastungen unserer deutschen Debatte. Manchen derer, die sehr kritisch Stellung nehmen, scheint nicht klar zu sein, daß es bei der aktuellen Raketen-Diskussion überhaupt nicht um deutsche Waffen, und somit nicht um Waffen der Bundeswehr geht. Es geht um etwaige neue Nuklearwaffen für die amerikanischen Streitkräfte in Europa, die freilich zu einem guten Teil in Deutschland eingesetzt und abgefeuert würden und somit deutsches Territorium zum Kriegsschauplatz machen würden.

Es wäre verwunderlich, wenn es hierzu - und zumal über die bereits erfolgte sowjetische Rüstung auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen - nicht unterschiedliche Meinungen gäbe. Das braucht nicht zu einer Belastung für die Bundeswehr zu führen. Etwas anderes sind undifferenzierte Positionen und auch pauschale Anfeindungen, die manchen Angehörigen der Truppe verunsichert oder sogar mit Bitterkeit erfüllt haben. Kein anderer als der Verteidigungsminister selbst hat erfahren müssen, daß einige im Lande im Namen ihres Verständnisses von Frieden zu hochfahrenden Unduldsamkeit neigen. Insoweit aber Zweifel über die sicherheitspolitische Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei einem ins Gewicht fallenden Teil von Bundeswehrangehörigen sich verbreitet haben sollten - auch im Zusammenhang mit der engagierten Meinungsbildung in unserer Partei - will ich folgende Positionen klarstellen.

- Die Grundlagen unserer sicherheitspolitischen Konzeption lauten: Sicherung eines an nähernden Gleichgewichts und Aufrechterhaltung der militärischen Fähigkeit zur Ab-



schreckung bei konsequenter Verfolgung einer Politik des Gewaltverzichts und der Entspannung. Dies bedeutet: Das defensive Selbstverständnis der NATO-Allianz vertritt sich nicht mit einer Politik, die militärische Stärke um jeden Preis und einseitige Überlegenheit anstelle von Gleichgewicht will. Ebensowenig ist dies für uns vereinbar mit einer Politik der einseitigen Abrüstung. Eine nachhaltige Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zu unseren Ungunsten würde zu mehr Instabilität und damit zu weniger Sicherheit führen.

- Die militärische Sicherung verbindet sich mit dem Streben nach dem Ausbau der Entspannung und nach Abrüstung. Diese Verbindung ist seit dem Jahr 1967 der verbindliche und bis heute geltende Auftrag der NATO. In den Worten des Harmel-Berichts, der jenen Auftrag konzipierte und den ich als Außenminister mit zum Beschluß erhob.

"Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar. Die kollektive Verteidigung ist ein stabilisierender Faktor in der Weltpolitik. Sie bildet die notwendigen Voraussetzungen für eine wirksame, auf größere Entspannung gerichtete Politik."

An diesem verbindlichen Auftrag der NATO gilt es festzuhalten. Und ich füge hinzu: Wer die Politik des Bündnisses zu verändern wünscht, muß darüber im Bündnis sprechen. Auch der bei weitem stärkste Partner kann nicht allein bestimmen, wo es langgehen soll. Die NATO ist ein Bündnis souveräner Staaten von unterschiedlicher Größe und Lage, mit zum Teil unterschiedlichen Interessen. Aber mehr als einmal in den letzten 25 Jahren hat sich gezeigt, daß das Bündnis zur Anpassung an objektive Veränderungen und zur internen Verständigung fähig ist.

- Wir drängen auf gleichgewichtige Abrüstung, vor allem der Nuklearwaffen. Denn heute geraten beide Teile der Friedenssicherung - Abschreckung und Entspannung - in Gefahr. In der globalen Konfrontation zwischen Ost und West besteht, gewollt oder ungewollt, die Tendenz, den Gegner gleichsam sekundär - an der Säule militärischen Potentials vorbei - gleichwohl in der Substanz zu treffen: Etwa wirtschaftlich durch eine "Strategie des Totrüstens". Wer aber auf einen inneren Zusammenbruch des Gegners spekuliert, spielt mit dem Gedanken an einen Sieg, der einem militärischen Sieg ähnlich wäre - und eine entsprechende Reaktion auslösen könnte. Und andererseits: Der technologische Fortschritt in der Rüstung hat eine Phase erreicht, in der Waffensysteme absehbar - nach Meinung mancher auch schon vorhanden - sind, die so "klein" und zielgenau sind, daß die Neigung wachsen könnte, sie im Sinne eines begrenzten Konflikts zum Einsatz zu bringen. Die Versuchung nach dem Griff zur Überlegenheit ist auch insofern wieder näher gerückt.

Dies ist ein verhängnisvoller, womöglicher selbstmörderischer Weg. Wir müssen uns darüber klar sein, daß militärische Sicherheit heute - letztenendes und in den großen Zusammenhängen - nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander erreichbar ist. Darum brauchen wir die Fortsetzung des Bemühens um Entspannung; darum brauchen wir, wie andere, ein Konzept kooperativer Rüstungssteuerung, das uns zu wirksamer Rüstungsbegrenzung führt und hoffentlich zu realer Abrüstung.

Immer deutlicher wird außerdem: Die Rüstungsausgaben haben international ein Ausmaß erreicht, durch das die Krise der Weltwirtschaft verschlimmert wird.

- Die Völker blicken hoffentlich nicht vergeblich nach Genf. Für uns gilt: Wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Verhandlungen der Großmächte in Genf zu ermutigen. Und wir sollen alles unterlassen, was einen schädlichen Einfluß auf die Verhandlungsbereitschaft ausüben könnte.

Die Position des Parteivorstandes, die dieser in einem Leitantrag für den Bundesparteitag in München formuliert hat, ist kurz gefaßt diese: Der NATO-Doppelbeschluß bildet die Grundlage der Genfer Verhandlungen. An ihm zu rütteln, könnte die Erfolgsaussichten der Verhandlungen nur schmälern. Dies gälte auch für einen Beschluß, der jetzt auf ein solches Moratorium drängte, das sich außerhalb der Logik der festgelegten Politik bewegte.



Aber gewiß sollten wir daran interessiert sein, daß während der Verhandlungen nicht fortlaufend neue oder weitere Waffensysteme stationiert werden. Für ein ermutigendes Signal in Richtung auf eine solche Vereinbarung würde ich eine Entscheidung der Sowjetunion halten, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen. Und genau erläutern, was auf diesem Gebiet unilateral beabsichtigt ist.

Die Sowjetunion hat in allgemeiner Form ihre Bereitschaft erklärt, eine erhebliche Zahl der stationierten Raketen zu entfernen. Hier käme es darauf an, sie beim Wort zu nehmen und genauer zu erfahren, was angeboten wird, ohne zu unterstellen, daß das zu verhandelnde Problem damit gelöst wäre.

- Die Bundeswehr ist von dem angestrebten Abrüstungsprozeß im Bereich der Nuklearwaffen nicht betroffen, da sie über Nuklearwaffen nicht verfügt. Von MBFR-Verhandlungen in Wien würde sie auch bei optimistischer Einschätzung nur marginal betroffen sein. Aber dies sollte uns nicht daran hindern, auch solche Wege der Verbindung von militärischer Sicherheit und Abrüstung im NATO-Bündnis zu suchen, welche die sogenannte konventionelle Bewaffnung betreffen. Ich habe vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß, wenn man einer Reihe ernstzunehmender Fachleute glauben darf, die Chancen steigen, durch intelligente Abwehrsysteme einem konventionellen Übergewicht des Angreifers erfolgreich entgegenzutreten. Es wäre einiges gewonnen, wenn wir dieses Problem jedenfalls konzeptionell in den Griff bekämen.

Ich möchte uns auffordern, miteinander nachzudenken. Nichts wäre schädlicher, als wenn gerade Überlegungen, die besondere Fachkenntnis erfordern, sich losgelöst vom Sachverstand der Bundeswehr vollzögen.

Es wäre insgesamt schädlich, wenn ein verstärktes Bemühen um Abrüstung, wenn auch der breite Friedenswille in unserem Volk und die in diesem Zusammenhang - bei uns wie in anderen Ländern - entstandene "Friedensbewegung" zu einer Entfremdung zwischen Bundeswehr und Politik führen würden oder bei den Streitkräften das Gefühl auslösten, psychologisch in die Ecke gedrängt zu sein. Dem möchten wir entgegenzutreten - gerade indem wir auf den unlösbaren inneren Zusammenhang von militärischer Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit und von Friedenswillen und Abrüstungsbemühen hinweisen. Da sollte sich niemand in falsche Frontstellungen drängen lassen - das gilt für alle Beteiligten. Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, und sie weiß, daß heute unsere Sicherheit vom Ringen um die Sicherung des Friedens abhängt. Darum gehört Abrüstung auch zu ihrem Geschäft...

(-/11.3.1982/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

